Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1926

29.4.1926 (No. 99)

Visual Library

№ 99 Donnerstag, den 29. April 1926 169. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 8515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft u. Bildung, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Bad. Landtags

Amtlicher Teil

Die Bekämpfung des Heu- und Sauerwurms

** In der Bekanntmachung des Ministers des Innern vom 22. April 1926 über die Heu- und Sauerwurmbekämpfung (Nr. 93 des Staatsanzeigers) ist für die hauptsächlichsten Bekämpfungsmittel ein staatlicher Zuschuß bis zu 25 Proz. der Beschaffungskosten in Aussicht gestellt worden. In Winzerkreisen scheint die Auffassung zu bestehen, als werde der zur tatsächlichen Auszahlung gelangende Zuschuß wesentlich niedriger sein als 25 Prozent. Wenn der für die Unterstützungsmaßnahmen verfügbare, erhebliche Betrag ausreicht, **wird ein Zuschuß in der vollen Höhe von 25 Prozent gewährt.** Sollten jedoch die Anforderungen, die sich im voraus auch nicht einigermaßen übersehen lassen, diesen Betrag überschreiten, so müßte allerdings eine Einschränkung des Zuschusses erfolgen. Eine **erhebliche Kürzung** wird jedoch aller Voraussicht nach **nicht** eintreten müssen. Der gemeinschaftliche Bezug der Bekämpfungsmittel ist im Interesse der Winzer wegen der damit verbundenen geschäftsüblichen Preisermäßigung beim Großbezug vorgesehen. Einzelbeziehern, die nachweislich die Bekämpfungsmittel vor Erscheinen der Bekanntmachung vom 22. April 1926 bezogen haben, soll jedoch der Zuschuß ebenfalls gewährt werden. Wenn auch die Bekanntmachung einen Sammelbezug vorsieht, ist doch die Wahl des Lieferanten völlig freigestellt. Die beim Einzelhandel aufgetretenen Befürchtungen, als ob er von der Belieferung der Winzer ausgeschlossen sei, sind deshalb nicht zutreffend.

Umgestaltung der Erwerbslosenfürsorge

Wie bereits angekündigt, hat sich das Reichskabinett in diesen Tagen mit der Frage der Erwerbslosenfürsorge beschäftigt. Es hat in Übereinstimmung mit der Auffassung des Reichswirtschaftsrates und der meisten Länder beschlossen, sobald wie möglich den Übergang vom gegenwärtigen Unterstützungssystem zu einem **Unterstützungssystem nach Lohnklassen** herbeizuführen. Das Reichsarbeitsministerium ist mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage beschäftigt. Um die nötige Zeit für die Vorbereitung und Einführung des neuen Unterstützungssystems zu schaffen, sollen die gegenwärtigen Unterstützungssätze, die an sich mit dem 1. Mai außer Kraft treten würden, noch bis zum 22. Mai in Geltung bleiben. Gleichzeitig beabsichtigt das Reichsarbeitsministerium entsprechend den Beschlüssen des Kabinetts und den Wünschen der meisten Länder, die geltende Anordnung über Kurzarbeiterfürsorge noch für zwei Monate zu verlängern.

Die Staatsvereinfachung in Bayern

Auf der Tagung des Landesausschusses der bayerischen Volkspartei in Regensburg legte am Montag der bayerische Ministerpräsident **Held** den **Ernst der Lage des Staates** dar. Die Zusammenbruchserscheinungen einer Reihe kleiner deutscher Staaten, die den Gedanken des Anschlusses an Preußen aufgegriffen haben, mahnen, alles zu tun, um ihre Lebensfähigkeit zu erhalten. Darum sei auch die **Vereinfachungsfrage** vom Standpunkt der zukünftigen Gliederung Deutschlands aus betrachtet, eine **hochpolitische Frage.** Zur Frage der Schullastenverschiebung auf die Gemeinden führte der Ministerpräsident aus, er hoffe, daß sich bei den demnächst stattfindenden Besprechungen mit Vertretern des Städtebundes eine Einigung erzielen lassen werde.

Finanzminister **Krausneck** betonte die Notwendigkeit der gerechten Lösung der Frage des Finanzausgleiches und die Vereinfachung der Staatsverwaltung, sowie des Abbaues der Lasten, unter denen die Wirtschaft nicht nur von seiten des Staates, sondern auch von seiten anderer Körperschaften zu leiden habe. Staatsminister des Innern, **Stützel,** erklärte, die Regierung sei fest entschlossen und darin einig, daß die schwierige Aufgabe der Staatsvereinfachung wirklich in Angriff genommen werde. Voraussichtlich werde zugleich mit dem Gesetz über Steuernachlaß auch die Vorlage über die künftige **Gestaltung des Gesamtministeriums** dem Landtage zugehen.

Schließlich wurde einstimmig eine **Entschließung** angenommen, worin der Überzeugung Ausdruck gegeben wird, daß die durchgreifende Vereinfachung und Verbilligung der gesamten Verwaltung des bayerischen Staats im wohlverstandenen wirtschaftlichen Interesse des gesamten bayerischen Volkes liegt und zu seiner politischen Erhaltung notwendig ist. Der Landesausschuß verlangt, daß der kommende Finanzausgleich mit dem Reich, der nicht nur über die finanzielle Selbständigkeit des Landes, sondern auch der Gemeinden entscheidet, den Ländern eigene ausreichende Steuerquellen gibt und den Aufgabenkreis zwischen Reich und Ländern reichlich scheidet.

Deutschnationaler Antrag gegen Reinhold in Sachsen. Die deutschnationale Fraktion des sächsischen Landtages und der rechtssozialistische Abg. Schnirch als Vorsitzender des Haushaltsausschusses beantragten, wie die „Voss. Ztg." hört, die Einsetzung eines **Untersuchungsausschusses** zur Nachprüfung der vom früheren sächsischen Finanzminister und jetzigen Reichsfinanzminister **Reinhold** 1925 erteilten Aufträge für Kleinpflaster. Da die genügende Zahl von Unterschriften vorhanden ist, wurde dem Antrage stattgegeben.

Die Fürstenabfindung

Die Verhandlungen des Rechtsausschusses des Reichstags über den **Kompromißentwurf zur Fürstenabfindung** sind am Mittwoch ergebnislos abgebrochen worden, da vorerst keine Aussicht besteht, zu einer Einigung zu gelangen. Mittwoch nachmittag traten die Vertreter der Mittelparteien, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten noch einmal zu einer Besprechung zusammen, um zu erörtern, ob wohl noch eine letzte Möglichkeit bestehe, die Verhandlungen im Rechtsausschuß weiter zu führen. Diese Besprechung ist jedoch gleichfalls ergebnislos verlaufen. Auch das **Reichskabinett** hat sich mit der Lage beschäftigt. Wie gemeldet wird, ist das Kabinett dabei erneut zu der Auffassung gelangt, an seiner bisherigen Einstellung zu dieser Frage auch weiterhin festzuhalten.

Mit der im Volksbegehren geforderten **Enteignung der Fürstenhäuser** hat sich am Mittwoch zum erstenmal das Plenum des **Reichstags** beschäftigt, wobei es zu ziemlich stürmischen Debatten kam. Für das Gesetz sprachen sich, wie zu erwarten war, nur die Sozialdemokraten und die Kommunisten aus, die meisten anderen Parteien begnügten sich mit kurzen Erklärungen, worin sie sich gegen das Enteignungsgesetz wendeten. Bemerkenswert war die Schärfe, mit der Graf **Westarp** im Namen der Deutschnationalen die Forderungen der Fürsten vertrat und nicht nur den Freunden der Enteignung sondern auch den Anhängern einer gerechten Auseinandersetzung den Kampf ansagte. Der demokratische Abg. v. **Richthofen** zog aus der Tatsache, daß das Enteignungsgesetz im Volksbegehren über 12 Millionen Stimmen auf sich vereinigt hat, den Schluß, daß die Masse des Volkes für die Forderungen der Fürsten kein Verständnis habe und daß es deshalb Aufgabe des Reichstags sei, eine **parlamentarische Lösung zu suchen,** die den Interessen der breiten Volksschichten entspricht, trotz allen Schwierigkeiten, die sich immer wieder diesem Versuch entgegenstellen. In ähnlichem Sinne sprach namens der Reichsregierung der Reichsminister des Innern Dr. **Külz** für eine Verständigung über eine brauchbare Kompromißlösung. Heute Donnerstag soll die erste Lesung abgeschlossen werden und dann wird sich zeigen, ob das Gesetz wirklich, wie ursprünglich geplant worden war, ohne Ausschußberatung im Plenum erledigt werden kann.

Zu dem Gesetz liegt zunächst der **Antrag der Demokraten** vor der es vermeiden möchte, daß die Volksabstimmung zu einer schweren inneren Krise führt. Der Antrag verlangt, daß dem Gesetzentwurf über die Enteignung der Fürsten folgender Zusatz angefügt werde: „Die **Länder** haben durch Gesetz den Fürsten und Mitgliedern der Fürstenhäuser, die bis zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 in dem Lande regiert haben, aus der enteigneten Vermögensmasse eine **Abfindung** zu gewähren, die ihnen eine angemessene Lebenshaltung ermöglicht. Diese Abfindungspflicht können die Länder auch durch gesetzliche Bestätigung bereits abgeschlossener Verträge erfüllen.

Das **Zentrum** und die **Deutsche Volkspartei** haben sich jedoch nicht entschließen können, diesen Antrag mitzuunterzeichnen. Die Volkspartei will anscheinend eine endgültige parlamentarische Entscheidung solange hinausschieben, bis der Volksentscheid vorübergegangen ist. Das **Zentrum** bereitet einen neuen Vorschlag vor. Es will im Reichstag einen Antrag als Initiativgesetzentwurf einbringen und verknüpft damit die Absicht, ihn zusammen mit dem Enteignungsgesetz zum Gegenstand des Volksentscheids zu machen. Der Vorschlag des Zentrums übernimmt aus dem dem Rechtsausschuß vorliegenden Kompromiß eine Reihe wesentlicher Bestimmungen die unbestritten geblieben sind, läßt aber das Detail beiseite und überweist seine Regelung einem späteren Reichsgesetz.

Im Reichstag scheint unter den Kompromißparteien die Neigung sich zu verstärken, das Enteignungsgesetz samt den Abänderungsanträgen zunächst dem Rechtsausschuß zu überweisen.

*

WTB. **Berlin,** 29. April (Tel.) In der Frage der **Fürstenabfindung** fanden heute vormittag keinerlei Verhandlungen zwischen den Reichstagsparteien mehr statt. Die Entscheidung liegt jetzt beim **Plenum.** Das **Zentrum** wird voraussichtlich beantragen, seinen **neuen Kompromißvorschlag** dem Rechtsausschuß zu überweisen. Ob sich eine Mehrheit für diesen Antrag finden wird, ist allerdings zweifelhaft.

Rücktritt des lettländischen Kabinetts. Das lettländische Parlament lehnte, wie aus **Riga** gemeldet wird, den Haushaltsplan mit 49 gegen 45 Stimmen ab. Die Regierung hat darauf ihren **Rücktritt** erklärt.

Deutscher Reichstag

WTB. **Berlin,** 28. April.

Auf dem Platze des Abg. **Bock** (S.), der heute seinen 80. Geburtstag feiert, steht ein riesiger Strauß roter Nelken. Präsident **Löbe** beglückwünscht den Alterspräsidenten und betont dabei, daß Abg. Bock dem Reichstag schon seit 42 Jahren angehört.

Ohne Aussprache wird das **deutsch-griechische Abkommen** wegen Aufhebung des Ausführungszwanges für Erfindungspatente in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die erste Beratung des durch Volksbegehrens an den Reichstag gekommenen

Gesetzes über die Enteignung der Fürstenvermögen.

Auf Antrag des Abg. Dr. **Frick** (Völk.) wird damit die Beratung eines **völkischen Antrags** verbunden, der die Enteignung der „Bank- und Börsenfürsten" fordert.

Abg. Dr. **Rosenfeld** (S.) bezeichnete es als einen Triumph der Sozialdemokratie, daß beim ersten Volksbegehren 12½ Millionen Stimmen für den Enteignungsantrag abgegeben wurden. Viele dieser Stimmen seien von Wählern aus den Parteien der Rechten gekommen. Die Wähler hätten sich in diesem Falle einsichtsvoller gezeigt als die Parteiführer (Unruhe und Widerspruch rechts). Die unerhörte Habgier der Fürsten, die durch die Justiz noch unterstützt wurde (große Unruhe rechts) hätte dem Volksbegehren viele Stimmen aus allen Parteien zugeführt. Die unersättliche Gier nach Eigentum sei das Kennzeichen der deutschen Fürsten. Die deutsche Klassenjustiz habe diese Gier unterstützt und sich auf veraltete Rechtsnormen berufen, als wenn es keine Staatsumwälzung gegeben hätte. Wenn je die Enteignung berechtigt ist, dann gegenüber den deutschen Fürsten. Sie hätten das deutsche Volk in den Krieg gestürzt (Lärm bei den Deutschnationalen und Rufe: Schämen Sie sich! Geschichtslüge). Die Fürsten sind haftbar für das Unglück, das sie über das deutsche Volk gebracht haben. Daß die Deutschnationalen das Enteignungsgesetz als Raub und Diebstahl bezeichnen, ist nicht verwunderlich, aber schwer verständlich ist es, daß die Regierung sich mit ihrem Gutachten auf die Seite der Deutschnationalen stellt. Ganz unzutreffend ist das Rechtsgutachten, wonach das Gesetz zur Fürstenenteignung verfassungsändernd sein soll. Tatsächlich soll in diesem Falle die Enteignung zugunsten des Allgemeinwohles erfolgen.

Abg. Graf **Westarp** (DN.): Die Sozialdemokraten berufen sich auf die 12½ Millionen Stimmen für das Volksbegehren, sie erwähnen aber nicht die 27 Millionen, die sich nicht eingezeichnet haben, also dagegen sind (Lärm und Gelächter links). Man habe grobe Unwahrheiten mit der Agitation für die Fürstenenteignung verbunden. Wenn behauptet wird, **Kaiser Wilhelm** sei geflohen, so ist folgendes festzustellen: Nachdem am 9. November 1918 Prinz Max von Baden bewußt wahrheitswidrig die Abdankung des Kaisers verkündet hatte, hat der Kaiser ein schweres persönliches Opfer gebracht, um den Bürgerkrieg zu vermeiden und in seiner Person ein Hindernis für einen günstigen Frieden wegzuräumen. Wenn Abgeordneter Rosenfeld sagte, die deutschen Fürsten hätten uns in den Krieg gestürzt, so drückt er damit Deutschland das Brandmal der Schuldlüge auf (Pfuirufe rechts, Lärm links). Die Lüge und Verleumdung mit der sie (nach links) arbeiten, erfüllt uns mit unsäglichem Ekel. (Präsident Löbe ruft einen Zwischenrufen zur Ordnung, Lärm und Zurufe links.) Die Revolutionsgewinnler zeigen sich in ihrer jämmerlichen Niedrigkeit. Wenn ihre Namen längst vergessen sind, werden die Namen unserer deutschen Fürsten noch in hellem Glanze strahlen. (Händeklatschen bei den Deutschnationalen, Pfuirufe und Zischen links.)

Abg. Dr. **Wunderlich** (DVP.) gibt für seine Fraktion eine kurze Erklärung ab, in der es heißt: Die Volkspartei sieht in der Enteignungsvorlage eine Entrechtung einer Gruppe von Staatsbürgern. Diese Entrechtung widerspricht nicht nur dem Wortlaut, sondern auch dem Geiste der Verfassung.

Abg. **Neubauer** (K.) bezeichnet das Ergebnis des Volksbegehrens als den eindeutigen Ausdruck des Volkswillens für die Fürstenenteignung (die Abgeordneten der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei verlassen den Saal). Für die angeblich Wehrlosen arbeiten die Fürstenknechte aus den Parteien der Rechten wie Graf Westarp (Präsident Löbe rügt diese Bemerkung). Die deutsche Regierung hat in London beim Dawespakt die deutsche Selbständigkeit für 800 Millionen verkauft. Den Fürsten will sie den dreifachen Betrag geben. (Hört, hört, bei den Kommunisten.)

Abg. von **Richthofen** (D.) wendet sich gegen die Rede des Abg. Graf Westarp. In den Fragen der Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern werde die Anwendung des geltenden formalen Rechts zum schlimmsten Unrecht gegen das Volk. Darum sei eine gesetzliche Regelung nicht zu umgehen. Die Fürstenfamilien könnten nicht von der deutschen Schicksalsgemeinschaft ausgeschlossen werden. Man könne nicht ihnen allein ihre früheren Vermögen sichern, während alle anderen Volksgenossen als Folge der allgemeinen deutschen Not vieles, manche alles verloren haben. Dem vorliegenden Enteignungsgesetz können wir nicht zustimmen, weil es große Ungerechtigkeiten enthält. Es besteht beispielsweise keine Veranlassung, den durchaus volksfreundlichen Prinzen Max von Baden zu enteignen. Die Angriffe des Grafen Westarp gegen ihn sind eine historische Unwahrheit. Der Abg. Graf Bernstorff kann das als Augen- und Ohrenzeuge nachweisen. Leider ist das Kompromiß an dem Widerstand der beiden Flügelparteien gescheitert. Wir werden darum zur zweiten Lesung des Enteignungsgesetzes den **Änderungsantrag** einbringen, daß die **Länder** den enteigneten Fürstenfamilien durch Landesgesetz eine Abfindung zu gewähren haben, die ihnen eine angemessene Lebenshaltung sichert.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Stellungnahme der Reichsregierung

Reichsinnenminister Dr. **Külz**: Die Reichsregierung hat von vornherein ausgesprochen, daß sie mit dem durch das Volksbegehren geforderten Enteignungsgesetz nicht einverstanden ist. Auch die sozialistischen Regierungen nach der Revolution haben sich immer gegen eine entschädigungslose Enteignung ausgesprochen. Die Revolution hat versäumt, das Revolutionsproblem der Auseinandersetzung mit den Fürsten zu lösen. Die zu weitgehenden Ansprüche der Fürstenvertreter haben jetzt das Problem neu aufgerollt. Unter dem parlamentarische Regime wäre es erwünscht, daß die Lösung nicht durch Volksabstimmung, sondern auf **parlamentarischem Wege** erfolgt. Die Kommunisten verfolgen mit dem Volksentscheid noch politische Nebenziele, die die Regierung unmöglich billigen kann. Die Regierung will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es den Parteien des Reichstages noch gelingen wird, sich zu einer gedeihlichen Lösung des Problems zusammenzufinden.

Abg. **Schulte** (Z.) verliest eine längere Erklärung der Zentrumsfraktion gegen das Enteignungsgesetz. Dieses Gesetz wäre nicht nur ein schwerer Eingriff in das formale Recht, sondern auch eine Durchbrechung des christlichen Grundsatzes vom Schutze des Eigentums (Unruhe links). Die in der Vorlage enthaltenen Bestimmungen über die Verwendung des enteigneten Fürstenvermögens für die Kriegs- und Inflationsopfer sind geeignet, die Begehrlichkeit der breiten Volksmassen durch trügerische Hoffnungen zu steigern (Lärm links. Einige Besucher der Publikumstribüne rufen: Wir hungern und er wirft uns Begehrlichkeit vor). Diese Hoffnungen würden irrig sein, denn die aus der Enteignung stammenden Mittel würden niemals zur Linderung der Not dieser Volkskreise ausreichen. Das Zentrum erstrebt eine Lösung, die den Grundsätzen des Rechts, aber auch den veränderten staatlichen Verhältnissen und der Verarmung des Volkes Rechnung trägt. Wir haben im letzten Kompromißentwurf eine solche Lösung gefunden, der bei gutem Willen auch die Flügelparteien zustimmen könnten.

Die Abgeordneten **Hampe** (Wirtsch. Verein.) und **Pfleger** (Bayer. Volkspartei) verlesen Erklärungen ihrer Fraktionen, die gleichfalls die Ablehnung des Enteignungsgesetzes fordern.

Abg. Dr. **Frick** (Völk.) wendet sich gleichfalls gegen das Enteignungsgesetz und bezeichnet das Volksbegehren in diesem Falle als verfassungswidrig.

Die Weiterberatung wird um 6¾ Uhr auf Donnerstag 2 Uhr vertagt. Auf der Tagesordnung steht weiter die zweite und dritte Beratung des **Duellgesetzes**. Ein völkischer Antrag auf Aussetzung der dritten Beratung wurde nicht ausreichend unterstützt.

*

Die völkische Reichstagsfraktion hat einen, freilich lediglich agitatorischen Wert habenden **Gesetzentwurf** eingebracht, den sie zusammen mit dem Fürstengesetz dem Volksentscheid zu unterbreiten versucht, und in dem die **Enteignung der Vermögen der „Bank- und Börsenfürsten"**, der seit 4. August 1914 zugezogenen Ostjuden und Fremdstämmigen, ferner des durch Kriegs-, Revolutions-, Inflations- oder Deflationsgewinne erworbenen Vermögenszuwachses gefordert wird. Der Antrag ist von sämtlichen 15 völkischen Abgeordneten, unter ihnen Ludendorff und Dr. Best, unterzeichnet.

Eine Reichskanzlerrede auf dem Deutschen Industrie- und Handelstag

Die 46. Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages wurde am Mittwoch in **Berlin** eröffnet. Sie dient der Erörterung hervorragender Wirtschaftsprobleme, von denen besonders die Frage der **Rationalisierung der deutschen Wirtschaft** einen weiten Rahmen einnehmen wird. Bei der Eröffnung waren anwesend: Reichskanzler Dr. **Luther**, Reichswirtschaftsminister **Curtius**, Reichsfinanzminister Dr. **Reinhold**, Reichsinnenminister Dr. **Külz**, Reichspostminister Dr. **Stingl**. Die Finanzwelt war u. a. durch Reichsbankpräsident **Schacht** vertreten. Der Reichstag hatte seinen Vizepräsidenten Geheimrat Rießer entsandt.

Nach der Begrüßungsrede des Präsidenten nahm Reichskanzler Dr. **Luther** das Wort.

Er führte zunächst aus, daß der allgemeine Zustand von Politik und Wirtschaft, verglichen mit der Zeit bei Kriegsende, eine erhebliche **Besserung** zeige. Es sei aber ebenso unverkennbar, daß die deutsche Wirtschaft noch immer unter erheblichen **Notzuständen** zu leiden habe und von einer wirklichen Genesung noch weit entfernt sei. Die Zahl der Erwerbslosen spricht eine beredte Sprache. Der deutsche **Handel** hat noch längst nicht in dem Gefüge der Weltwirtschaft sein altes Ansehen zurückerobert. Die Handelsbilanz Deutschlands weist zwar geringe Verschiebungen auf. Insbesondere ist die Ausfuhr seit einigen Monaten ständig im Steigen begriffen. Trotzdem ist der Anteil Deutschlands am Weltwirtschaftshandel, der 1913 etwa ein Achtel ausmachte, im Jahre 1925 immer noch auf ein Vierzehntel beschränkt gewesen. Wir brauchen trotzdem nicht mutlos zu sein.

Es ist Pflicht eines jeden Deutschen am **Neuaufbau der Wirtschaft** mitzuarbeiten. Diese Arbeit verspricht gegenwärtig umso wirkungsvoller zu sein, als wir heute, nachdem der Inflationsschleier zerrissen worden ist, die Wirtschaft sehen, wie sie wirklich ist und **nicht mehr auf Sand** bauen. Der **Sparsinn** ist erfreulicherweise im Volke wieder erwacht. Während Ende 1924 die Guthaben bei den Sparkassen 1¼ Milliarden betrugen, sind sie Ende 1925 bereits auf 2⅔ Milliarden angewachsen.

Heute ist die Stunde gekommen, wo jede unnötige Unkostenbelastung, sei sie durch Zinsen oder irgendwelcher anderen Art, von den Wirtschaftsbetrieben genommen werden müssen und daß alle nur verwendbaren Kräfte auf die Wirtschaft zu konzentrieren seien. Einer großen Gefahr ist die Regierung in den **Aufwertungsbestrebungen** begegnet, die sie aber durch gesetzliche Regelung in ruhige Bahnen leiten konnte. Hier auch weiterhin ruhige Verhältnisse zu schaffen, hat sie sich zur **Richtschnur** genommen.

Wesentlich für eine weitere Gesundung ist aber auch die Notwendigkeit einer **Beruhigung der Außenpolitik**. Dazu gehört in erster Linie, daß auch die **zweite und dritte Rheinlandzone** von der fremdländischen Besatzung geräumt werden muß. Ein wesentlicher Fortschritt ist durch die **Vorgänge in Genf** erreicht worden. Obwohl Deutschland zwar nicht in den Völkerbund eingetreten ist, ist aber doch sein ganzes Verhalten der Völkerbundsversammlung zugute gekommen. Sehr große wirtschaftliche Bedeutung hat auch der vor kurzem abgeschlossene **Rußlandvertrag**, da man doch mehr und mehr in der letzten Zeit das Interesse auf den **Osten als Absatzmarkt** konzentrieren muß. In diesem Sinn fortzufahren, wird das weitere Hauptbestreben der Regierung bleiben. Auch eine Gesundung der Landwirtschaft ist nach wie vor das ernsteste Ziel, das sich die Regierung gesteckt hat. Der Reichskanzler zitiert das Sprichwort: Hat der Bauer Geld, hat es die ganze Welt!

Einberufung des Hauptvorstandes der Demokratischen Partei. Einer Korrespondenz zufolge ist der Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei zu einer Sitzung am 6. Mai nach Berlin einberufen worden, um die politische Lage und insbesondere die Frage der Fürstenabfindung zu erörtern.

Skandalprozesse und kein Ende

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der **„Badische Beobachter"** in seiner Nr. 113 vom 25. April einen bedeutsamen Leitartikel, den wir im Folgenden abdrucken:

„Bestechungen und Korruption sind an der Tagesordnung, und wochenlang Verhandlungen vor den Gerichten und den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen entrollen das Bild einer Zeit, die „aus den Fugen" ging. Je schneller den skrupellosen Gestalten die Maske des Ehrenmannes vom Gesicht gerissen wird, desto eher dürfte die Reinigung des geschäftlichen und politischen Lebens sich vollziehen. Sind es die „jüdischen Nutznießer" der Inflation, die wir allein auf der Anklagebank erblicken? Waren es außer den Juden Barmat und Kutisker, die man als typische Erscheinungen uns stets vorzuhalten pflegt, keine „arischen" Deutschen, über die man zu Gericht sitzen mußte? Gerade in diesen Tagen verhandelte man gegen den schwarz-weiß-roten **Sprit-Weber** und seine Helfershelfer: noch läßt sich ein Ende dieses Prozesses nicht absehen, aber soviel scheint festzustehen, **daß die Bestechungen, mit denen hier Zoll-, Finanz-, Kriminal- und Monopolverwaltungsbeamte gefügig gemacht wurden, alles in den Schatten stellen, was in den monatelangen Untersuchungen gegen die Barmats zutage kam.**

In diesen Blättern ist unsere Stellungnahme zu all diesen unerfreulichen Erscheinungen so oft präzisiert worden, daß es sich erübrigt, sie noch einmal zu erörtern. Wir verlangen die **schärfste Unterdrückung jedweder Korruption!** Aber gerade deshalb erscheint uns von den zuletzt verhandelten Prozessen der **Volksopfer-Prozeß**, den man vor kurzem in Dresden schloß, besonders charakteristisch.

Hier in Dresden standen nämlich **jene Kreise vor dem Richter, die das Nationalbewußtsein in Erbpacht genommen zu haben glauben**, von denen jene Hetze ausgeht, die alle durch die Umwälzungen bedingten Krankheitserscheinungen dem neuen Staat anzuhängen versucht. Der Volksopfer-Prozeß hat das Bild der **schlimmsten** Korruption gezeigt: **Gelder, bestimmt für die Ärmsten, besonders auch den proletarischen Mittelstand und die verschämten Unterstützungsbedürftigen, wurden zu Tausenden von skrupellosen Gesellen unterschlagen, verpraßt und vergeudet, besonders aber völkischen Institutionen, wie dem Werwolf, Wikingbund, Stahlhelm zugeführt, die sie verwandten, um ihre unterirdische Wühlarbeit weiterführen zu können.**

Denn um was handelte es sich bei diesem Prozeß: im Oktober 1923 hatte der als **„Befreier"** in Sachsen einrückende General Müller gerade zu jener Zeit des Übergangs zur neuen Währung das „Sächsische Volksopfer" gegründet, das besonders an die wohlhabenden Kreise des Handels und der Industrie Sachsens wegen Spenden apellierte. Ehrenamtlicher **Geschäftsführer** wurde Dr. jur. et rer. pol. **Meißner**, Mitglied eines Korps, ehemaliger Attaché und zuletzt **Syndikus im Verbande Sächsischer Industrieller**; von Gesinnung „streng national", und zwar so sehr, daß er gemeinsam mit dem früheren Reichsjustizminister Dr. Heinze in Dresden den Nationalen Klub gründete, der die Aufnahme altangesehener Mitglieder des Dresdener Adels ablehnte, weil wohl die Ahnenprobe jüdische Blutstropfen vermuten ließ. Während Meißner, der nur einige Tage im Felde, sonst nie Soldat war, **sich selbst zum Rittmeister befördert** hatte, war neben ihm als besoldeter Geschäftsführer der **Hauptmann a. D. Löffler tätig.** Er ließ sich aus eigenen Gnaden zum Major avancieren. Diese beiden Männer, die sich **Alarich** und **Roland** nannten, waren in den Dresdener **„nationalen Kreisen"** eine zeitlang **tonangebend**; ihre vaterländische Gesinnung dokumentierte sich ja durch die Bekundung der „einzig wahren" politischen Überzeugung und durch das Opfer, das mit ihrer Arbeit sie dem Wohl des Volkes zu bringen schienen.

Aber sie führten die **Spenden** der Wohltäter zunächst **in die eigene Tasche:** Kostspielige Reisen, Unterhaltung zweier Autos, häufiger Besuch von Bordellen, in denen Löffler infolge seines Auftretens sogar zum „Fürst" aufrückte, und andere opfervolle Dinge verschlangen Tausende. Andere Summen gingen, wie oben erwähnt, an die **völkischen Verbände**, war doch Meißner auch zweiter Vorsitzender des Verbandes vaterländischer Vereine.

Ähnlich wie auf merkwürdigen Wegen Gelder von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu den Fememördern gingen, bestand hier zwischen dem Verband Sächsischer Industrieller und den völkischen Geheimverbindungen eine eigenartige Versippung: Meißner und Löffler waren die Verbindungsoffiziere. **Die „nationalen Kreise hatten kein Interesse an einer Kontrolle**, und als ein Zweifel an den Unterschlagungen nicht mehr möglich war, suchten sie alles zu vertuschen, um den Skandal zu vermeiden. Jetzt erst versucht man, Meißner abzuschütteln. Was hätten wohl jene reinrassigen Herren für ein Geschrei erhoben, wenn ein demokratischer Politiker ähnlicher Dinge bezichtigt worden wäre?

Das Urteil, das Meißner zu vier Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust, Löffler zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilte, wird deshalb als gerecht angesehen werden. Ist doch das Vertrauen der Spender aufs schlimmste mißbraucht worden. Fast 130 000 Mark sind dem Volksopfer entzogen worden. Wird dieser Prozeß endlich dazu beitragen, Vorurteile zu beseitigen und alle Volkskreise zu gemeinsamem Kampf gegen die Korruption zu einen? Das wäre ein wirkliches Opfer für das Volk."

Kurze Nachrichten

Hessisches Volksbegehren auf Landtagsauflösung. Die Parteivorsitzenden der Landtagsfraktionen des hessischen Landbundes, der deutschen Volkspartei und der deutschnationalen Volkspartei haben, wie aus **Darmstadt** gemeldet wird, auf Grund entsprechender Entschließungen ihrer Landesausschüsse beschlossen, unverzüglich das Volksbegehren auf Landtagsauflösung in Hessen durchzuführen. Die beteiligten Parteien sind übereingekommen, bei der Neuwahl des Landtages einen gemeinschaftlichen Wahlvorschlag aufzustellen. Sämtliche Beschlüsse der drei Parteien wurden einstimmig gefaßt.

Zwischenfall im thüringischen Landtag. In der Landtagssitzung am Mittwoch übte in Weimar die sozialdemokratische Abg. Frau **Sachse** Kritik an der politischen Einstellung. Auf einen Zwischenruf des nationalsozialistischen Abg. **Dinter** entspann sich eine kurze Auseinandersetzung Dinters mit einem anderen Abgeordneten, die fast zu Tätlichkeiten führte. Die Sitzung wurde schließlich unter allgemein stürmischer Erregung unterbrochen, nachdem Dinter vom Präsidenten von der Teilnahme an der Sitzung ausgeschlossen worden war und den Saal verlassen hatte.

200 Millionen-Schatzanweisungskredit in Preußen. Die preußische Regierung fordert in einem vorläufigen Etatgesetz für 1926 die Ermächtigung zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Generalstaatskasse bis zur Höhe von 200 Millionen Reichsmark einen Schatzanweisungskredit aufzunehmen.

Das Gesamtbudget vom französischen Parlament angenommen. Kammer und Senat haben, wie aus **Paris** gedrahtet wird, heute Donnerstag morgen 3,30 Uhr die Budgetberatung zu Ende gebracht und sich über die noch schwebenden Meinungsverschiedenheiten betr. einige Etatstitel geeinigt. Die Kammer hat das Budget mit 393 gegen 151 Stimmen, der Senat mit 272 gegen 7 Stimmen angenommen.

Badischer Teil

Die vorläufigen Ergebnisse der Gewerbezählung vom 16. Juni 1925 in Baden

Anläßlich der am 16. Juni v. J. im ganzen deutschen Reich stattgefundenen Volks-, Berufs- und Betriebszählung mußte für jeden gewerblichen Betrieb, für jedes, wenn auch noch so kleine Geschäfte, für jede Verkaufsstelle, Vertreterbüro usw. ein Gewerbebogen ausgefüllt werden, in dem nähere Angaben über die im Betrieb beschäftigten Personen, über die Verwendung von Motoren usw. gemacht wurden. Nach einer vorläufigen Auszählung des Badischen Statistischen Landesamts beträgt die Zahl der rechtmäßig ausgefüllten Gewerbebogen in unserm Land rund 123 400; davon entfallen 73 400 auf Gewerbe und Industrie (einschl. Bergbau) und rund 46 000 auf Handel und Verkehr (einschließlich Gast- und Schankwirtschaften). Beschäftigt waren am 16. Juni v. J. insgesamt in Gewerbe, Industrie, Handel, Verkehr, im Gesundheitswesen und hygienischen Gewerbe usw. 640 000 Personen, also über ein Viertel der badischen Gesamtbevölkerung. Auf jedes zweite Wohngebäude oder sonstige Aufenthaltsstätte unseres Landes entfällt im Durchschnitt des Landes ein gewerblicher Betrieb, ein Zeichen für die starke gewerbliche und kaufmännische Entwicklung in Baden. Im Handel und Verkehr (einschl. Gast- und Schankwirtschaften) waren am 16. Juni v. J. rund 133 000, in Gewerbe und Industrie (einschl. Bergbau) rund 487 000 Personen beschäftigt. Legt man die Zahl der in den einzelnen Gewerbezweigen beschäftigten Personen zugrunde, so ergibt sich, daß die Nahrungs- und Genußmittelindustrie unseres Landes, wozu die Tabakindustrie gehört, mit 81 000 Personen an erster Stelle steht; es folgt der Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau mit 58 000, die Gruppe Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren mit rund 57 000, das Baugewerbe mit 51 000, die Textilindustrie mit 43 000, das Holz- und Schnitzstoffgewerbe mit 42 000, das Bekleidungsgewerbe mit 40 000, das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe mit rund 29 000 Personen.

Daß trotz der hochentwickelten Großindustrie in Baden, die Hunderttausenden von Arbeitern Beschäftigung gewährt, das Kleingewerbe einschl. des Handwerks noch einen breiten Boden einnimmt, geht daraus hervor, daß sich unter den 73 400 auf Gewerbe und Industrie entfallenden Betrieben nur rund 3 000 befinden, in denen 20 und mehr Arbeiter beschäftigt sind; die übrigen 70 400 Gewerbebetriebe tragen mehr oder weniger kleingewerblichen Charakter. Von den 73 400 Gewerbebetrieben mit 487 000 Personen entfallen auf die Stadt Mannheim 5 300, d. s. 7,2%, in denen rund 76 700 Personen oder 15,7% beschäftigt sind.

Badischer Landtag

Etatsberatung im Haushaltsausschuß

Der Mannheimer Rennverein hatte den Antrag gestellt, daß aus dem Aufkommen der **Totalisatorsteuer** ein größerer Betrag dem Verein zugebilligt werde. Berichterstatter Abg. **Weißhaupt** (Ztr.) tritt im Haushaltsausschuß am Mittwoch für eine mäßige Erhöhung der Mittel ein und wünscht Entgegenkommen gegen die Wünsche des Mannheimer Rennvereins. Der **Finanzminister** tritt dafür ein, daß vorläufig, dem Wunsche des Mannheimer Rennvereins entsprechend, ihm ein Vorschuß in Höhe des voraussichtlichen bisherigen Anteils an der Totalisatorsteuer zugegen sei (80 % aus den 16⅔ % des Eigenaufkommens). Auf die Finanzlage des Staates sei jedoch Rücksicht zu nehmen. Ein **kommunistischer Antrag** verlangt den vorgesehenen Betrag für die produktive Erwerbslosenfürsorge auszugeben. Nach weiterer Debatte stimmt der Haushaltsausschuß den Ausführungen des Finanzministers zu. Der kommunistische Antrag wird abgelehnt.

Apothekernachtgebühren: Ein Kommunist bemerkt, daß von den Apothekern als Nachtzuschlag eine Mark erhoben werde. Der **Regierungsvertreter** begründet die Berechtigung des Nachtzuschlages, doch seien die Apotheker bereit, je nach Lage des Einzelfalles auf diesen Zuschlag zu verzichten.

Bodenseefischerei: Ein sozialdemokratischer Redner erwähnt einen Vorfall am Bodensee, wo eine badische Fischerflottille auf württembergischem Ufer verhaftet worden sei. Wie ein **Regierungsvertreter** bekannt gibt, ist die Angelegenheit beigelegt worden.

Luftverkehr: Abg. Dr. **Föhr** (Ztr.) bringt als Berichterstatter bei der Besprechung des außerordentlichen Etats die Eingabe der Stadt **Freiburg** betr. Anschluß an das Luftverkehrsnetz zur Sprache. Die Stadt Freiburg verlange dieselbe Behandlung wie andere badische Städte. Auch andere Redner traten für Freiburg ein. Ein **Regierungsvertreter** gibt über die Materie Auskunft, Württemberg konzentriere den ganzen Verkehr auf Stuttgart, Bayern auf München. In Baden seien die Interessen nicht so konzentriert. Wir hätten in Baden die Handelsmetropole Mannheim, die Hauptstadt Karlsruhe, die Fremdenstädte Baden-Baden und Freiburg. Die Einbeziehung Freiburgs mache besondere Schwierigkeiten, weil der Flugverkehr in Konkurrenz stehe zum Nachtschnellzug Berlin. Die Petition wird ausgesetzt, bis eine kurze schriftliche Darstellung den Haushaltsmitgliedern gegeben ist.

Polizei: Ein Regierungsvertreter hofft, daß bei der Polizei nunmehr die letzte Umbildung komme und damit endlich die notwendige Ruhe einkehre. Ein Zentrumsredner fragt, ob man nicht an die Verstaatlichung der Polizei auch in **Offenburg** denke, was ein **Regierungsvertreter** bejaht. Ein Kommunist will wissen, warum nach **Lörrach** besondere größere Gendarmerietruppen geschickt worden seien. Der **Regierungsvertreter** gibt die Aufklärung, daß lediglich zwei berittene Gendarmen für den Grenzüberwachungsdienst mehr dorthin beordert seien. Ein sozialdemokratischer Redner beanstandet, daß man auf der Straße nur jüngere Polizeibeamte sehe, die viele Dinge aufschrieben, anscheinend um eine bestimmte Zahl von Fällen melden zu können. Ein Zentrumsredner meint, in vielen Fällen sei mit Belehrung mehr zu machen als mit Strafen. Bei der Besprechung der **Verkehrszustände** werden besonders die Motorkraftwagen als besonders gefährlich bezeichnet. Ein Sozialdemokrat will gehört haben, daß es in der Polizeischule stark militaristisch zugehe. Auch eine Art Einjährigensystem sei eingerichtet.

Kriminalpolizei: Die Kriminalpolizei wünscht bessere Einstufungen, Dienstkleider und Kleidergeld wie vor dem Kriege. Die Redner des Zentrums, der Volkspartei und der Sozialdemokratie treten für die Wünsche der Kriminalpolizei ein. Wie ein **Regierungsvertreter** hervorhebt, soll gelegentlich der Neuregelung des Polizeibeamtenrechtes die Frage der Sonderzulagen geordnet werden. Ein Zentrumsredner wünscht die Ausstattung der Kriminalpolizei mit Geld und Fahrkarten. Ein anderer Zentrumsabg. bemängelt, daß **Wachtmeister der**

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

uniformierten Polizei mit 15 und mehr Dienstjahren bei der Staatspolizei und die die Oberwachtmeisterprüfung abgelegt haben, nicht über Gruppe 5 hinauskommen. Ein **Regierungsvertreter** erklärt dazu, daß die älteren Wachtmeister bis auf etwa 10 in die Klasse 6 aufgerückt seien. Ein volksparteilicher Abg. wendet sich gegen die Ausgaben für Polizeihunde. Nach den Ausführungen eines **Regierungsvertreters** sind die Polizeihunde in der Hauptsache Schutzhunde; nur etwa 10 seien Spürhunde. Auf den Einmännerstationen seien die Schutzhunde nicht zu entbehren. Die Spürhunde leisteten in der Hand eines guten Führers gute Dienste. Der Erkennungsdienst habe sich gut bewährt. Die Zahl der Fingerabdruckblätter betrage 70 000.

Bezüglich der **Gendarmerieoffiziere** liegt ein Gesuch auf Höherstufung vor. Das Gesuch wird der Regierung als Material überwiesen. Seitens eines Zentrumsredners wird der Wunsch ausgedrückt, die **Pferde** für die Gendarmerie und die Polizei grundsätzlich im Lande zu kaufen. Berichterstatter Dr. **Föhr** weist bezüglich des Polizeilichen Arbeitshauses (Kislau) auf das Mißverhältnis zwischen der hohen Beamtenzahl gegenüber der Zahl der Insassen hin. Der **Regierungsvertreter** erklärt, daß man mit den Verpflegungssätzen hinaufgehen wolle. Man stehe vor einer Neuorganisation. Die Position wird ausgesetzt. Der Berichterstatter gibt die Wünsche der **Beamten der Heil- und Pflegeanstalten** bekannt. Die Petitionen werden zum Teil der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen. Das Gesuch auf Erlaß der Rückzahlung von Vorschüssen kann aus grundsätzlichen Erwägungen nicht erfüllt werden.

*

Von Mitgliedern des Haushaltsausschusses wird mitgeteilt: Über die Beratungen des Haushaltsausschusses des badischen Landtages zu den Anträgen des Gemeindeverbandes Oberrhein wegen Beteiligung der Oberrheingemeinden an Kapital und Strom der neuen Oberrheinkraftwerke sind teilweise unrichtige Darlegungen in die Presse gekommen. Tatsache ist, daß der Berichterstatter, Abg. **Gündert**, als auch mehrere Mitglieder des Haushaltsausschusses aus allen Parteien grundsätzlich die Anträge des Gemeindeverbandes für berechtigt erklärt haben. Es besteht guter Grund anzunehmen, daß die weiteren Verhandlungen des Haushaltsausschusses über diesen Punkt in diesem Sinne fortgeführt werden.

Lichtbilderwettbewerb

Anläßlich der im September d. J. in Berlin stattfindenden „Großen Polizeiausstellung Berlin 1926" veranstaltet die Freie Vereinigung für Polizei- und Kriminalwissenschaft in Berlin mit Unterstützung des preußischen Minsters des Innern einen Lichtbildwettbewerb „Die Polizei im Bild". Für die besten Photographien sind Geld- und Ehrenpreise ausgesetzt. Auch vom badischen Ministerium des Innern ist ein **Ehrenpreis für das beste Lichtbild mit polizeilichem Motiv, das von einem badischen Polizei- oder Gendarmeriebeamten gefertigt ist**, ausgeworfen. Die Photographien müssen Motive aus der polizeilichen Tätigkeit: Polizeivollzugsdienst, Straßendienst, Tätigkeit der Polizeischutz- und -Spürhunde, Polizeisport u. a. m. enthalten und sind bis 1. Juni 1926 an die Geschäftsstelle der „Freien Vereinigung für Polizei- und Kriminnalwissenschaft" in Berlin N. 35, Flottwellstraße 8, einzureichen. Die näheren Bedingungen werden auf Anfrage von der oben erwähnten Geschäftsstelle kostenlos mitgeteilt. Die Beteiligung an dem Wettbewerb der Freien Vereinigung für Polizei- und Kriminalwissenschaft steht jedermann offen, auch Lichtbildnern von Beruf oder aus Liebhaberei.

Neueinstellung von Lehrlingen im Betriebe des Einzelhandels

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels in Berlin weist auf die Nützlichkeit der **Inanspruchnahme der Berufsberatungsstellen bei den Arbeitsämtern** für die Auswahl der neueinzustellenden Lehrlinge hin. Es ist eine alte Erfahrung, daß auch das beste Schulzeugnis für die Eignung eines Jugendlichen für einen bestimmten Beruf nur sehr mangelhaft garantieren kann. In den größeren Berufsberatungsstellen bei den Arbeitsämtern wird diese Eignung mit allen vorhandenen Mitteln der Wissenschaft und Technik festzustellen versucht, und die Schulentlassenen werden den ihrer Begabung entsprechenden Berufen zugeleitet. Umgekehrt sind die Kaufleute in keiner Weise verpflichtet, die ihnen von der Berufsberatungsstelle **empfohlenen Jugendlichen einzustellen.**

Die mexikanische Studienkommission in Heidelberg

WTB. Heidelberg, 28. April. Die **mexikanische Studienkommission** traf heute vormittag von Frankfurt kommend hier ein. Auf dem Bahnhof wurde ihr eine neue Diesel-Lokomotive der Motorenwerke Mannheim A.-G. vorgeführt. Nach einer Rundfahrt durch die Stadt besichtigten die Gäste um die Mittagszeit die Heidelberger Schloßruine. Heute abend findet auf der Molkenkur die offizielle Begrüßung seitens der Handelskammer und der Stadt Heidelberg statt. Nach Eintritt der Dunkelheit findet als Überraschung für die Mexikaner eine Beleuchtung des Heidelberger Schlosses von der Rückseite aus statt. Morgen vormittag werden die Gäste die Weiterfahrt nach Nürnberg antreten.

Beschleunigte Personenzüge und Sonntagsrückfahrkarten

Von unterrichteter Seite wird uns zu den Auslassungen über den Ausschluß einiger **beschleunigter Personenzüge** für Sonntagsrückfahrkarten geschrieben:

Die Behauptung, daß der Wochenendverkehr auf der badischen Hauptbahn durch die Nichtzulassung der Sonntagsrückfahrkarten zu den beschleunigten Personenzügen 998/999 unmöglich gemacht werde, ist falsch. Der Zug 998 verkehrt von Mannheim bis Offenburg am **Vormittag** und kann deshalb Samstags mit Sonntagsrückfahrkarten gar nicht benützt werden. An Sonntagen besteht die Gefahr, daß während der Zeit des starken Ausflugverkehrs, insbesondere auf der Strecke Karlsruhe—Offenburg sich ein sehr erheblicher Teil des Massen-Nahverkehrs (von Karlsruhe nach Rastatt, Baden-Baden, Bühl und Achern) auf die Züge 998 und 1452 sowie 1453 und 999 wirft, die ohnedies in der Regel voll ausgelastet und mit Reisenden des Fernverkehrs stark besetzt sind, so daß Überfüllungen und Verspätungen mit Anschlußversäumnissen unausbleiblich wären. Dadurch würden die Fernreisenden geschädigt und der Zweck der beschleunigten Personenzüge vereitelt. Ohne ganz erhebliche betriebliche Schwierigkeiten mit Unzuträglichkeiten aller Art, durch die auch die glatte Durchführung der um jene Zeit fälligen Schnellzüge in Frage gestellt würde, könnten weitere Entlastungszüge nicht durchgebracht werden.

Nun hat aber, wie der Fahrplanentwurf zeigt, die Reichsbahndirektion auf der Strecke Karlsruhe—Offenburg für den Sonntagsausflugsverkehr sehr günstig liegende und rasch fahrende Morgen- und Abendzüge vorgesehen. Es verkehren:

Zug 892 Karlsruhe ab 7.40 vorm., Rastatt an 8.05, (Baden-Baden an 8.33), Bühl an 8.33, Achern an 8.45, Offenburg an 9.21;

Zug 893 Offenburg ab 7.00 nachm., Achern ab 7.30, Bühl ab 7.47, Baden-Baden ab 7.58, Rastatt ab 8.24, Karlsruhe an 9.00;

Zug 881 Baden-Baden ab 7.19, Karlsruhe an 8.18 (ohne Umsteigen);

Zug 995 Offenburg ab 8.55 nachm., Appenweier ab 9.07, Achern ab 9.23, Bühl ab 9.36, Baden-Baden ab 9.47, Rastatt ab 10.10, Karlsruhe an 10.35.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den beschleunigten Personenzügen 853 und 854 zwischen Mannheim und Würzburg.

Daß im Entwurf bei den beschleunigten Personenzügen 1452/1453 auch bei der Strecke 27 (Schwarzwaldbahn) die Bemerkung angebracht wurde, „Sonntagsfahrkarten ausgeschlossen", beruht auf einem Versehen, das leider erst entdeckt wurde, nachdem der Entwurf ausgegeben war. Auf der Schwarzwaldbahn sind diese Züge zwar auch sehr stark besetzt, es ist aber nicht zu befürchten, daß sie auf Teilstrecken durch Massenverkehr überflutet werden. Im übrigen sind die BP. 998/999 auch nördlich von Mannheim in den Bezirken Mainz und Frankfurt während des Sommerfahrplanabschnitts nicht für Sonntagsrückfahrkarten zugelassen.

Gemeinde-Rundschau

Bürgermeisterwahlen. Bei der am Sonntag in **Leiselheim** stattgefundenen Bürgermeisterwahl wurden 185 Stimmen abgegeben. Davon entfielen 131 Stimmen auf Georg Friedrich **Groß**, der damit zum Bürgermeister gewählt ist. — In **Wiechs** (Amt Stockach) wurde der Landwirt und Gemeinderechner Anton **Reidhardt** mit 70 von 75 abgegebenen Stimmen zum Ortsoberhaupt gewählt.

Der Gemeinderat Ettlingen beschloß in seiner letzten Sitzung auf Grund der §§ 12 und 35 des Grund- und Gewerbesteuergesetzes zur endgültigen Feststellung der Gemeindesteuer für das Rechnungsjahr 1926/27 dieselbe vorläufig in Höhe derjenigen für das Rechnungsjahr 1925/26 zu erheben, d. s. auf je 100 M. Grundsteuerwert 47 Pfg. und bei Betriebsvermögen 64 Pfg. Die Reichssteuer, deren vorläufige Höhe 4 Pfg. beträgt, und die Müllabfuhrgebühr mit 2 Pfg. sind gleichzeitig mitzuerheben. Die Zahlung hat in gleichen Raten per 1. Juni, 1. Aug., 1. Nov. 1926 und 1. Febr. 1927 zu erfolgen.

Einweihung der Festhalle in Kehl. In **Kehl** wird am 16. Mai d. J. die 37. Landesversammlung des **Badischen Ratschreibervereins** abgehalten werden. Bei dem am 15. Mai von der Stadtverwaltung zu Ehren der schon am Vorabend eingetroffenen Gäste veranstalteten Begrüßungsabend wird gleichzeitig die **neue Stadthalle** eingeweiht werden.

Aus der Landeshauptstadt

Reichsgesundheitswoche. Die mit der Reichsgesundheitswoche hier verbundene Ausstellung „Reinlichkeit und Sittlichkeit" ist gestern abend geschlossen worden. Sie hatte sich eines außerordentlich starken Besuches zu erfreuen. Die Besucherzahl hat 60 000 überschritten.

Über die Inselwelt der deutschen Südsee sprach am letzten Samstag auf einem Vortragsabend der Kolonialen Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe im großen Chemiehörsaal der Techn. Hochschule Herr Kaufmann **Schäfer-Freiburg**, der früher Pflanzer auf den Karolineninseln war. Der Redner wies auf die Wichtigkeit der dort erzeugten Rohstoffe hin, wie Kautschuk, Öl, Fette, Phosphat und Hanf. In der ersten Zeit der Kolonisation mußte reichlich Lehrgeld gezahlt werden, aber mit jedem Jahr besserten sich die Aussichten. Das Klima ist zwar sehr heiß, aber reichliche Regenfälle bringen Erquickung. Zahlreiche sehr schöne Lichtbilder illustrierten den Vortrag. Die großen Phosphatlager auf den Inseln Angaur und Nauru geben wichtige Düngemittel. Was die Eingeborenen für ihr bescheidenes Leben brauchen, wächst rund um ihre Hütten in diesem Schlaraffenland. Das Meer gibt Fische in Hülle und Fülle. Im Boden wachsen, ohne Menschenarbeit, Taro und Jam, die Kartoffeln der Südsee. Über ihm wiegen sich die Kronen der Kokospalmen, jede mit mehreren Dutzenden wohlschmeckenden Nüssen. Hat der Einwohner Durst, dann braucht er nur eine Kokosnuß aufzuschlagen, und er schlürft süßen, kühlen Nektar ein. Kleidungsstücke braucht er keine, er holt sich einige lange grüne Blätter, zieht sie auf eine Schnur und umgürtet sich die Lenden. Auf diesen paradiesischen Inseln ist noch das Steingeld üblich, welches oft die Größe eines großen Schleifsteines erreicht. Wundervoll ist das Tier- und Pflanzenleben im Meer mit seinem herrlich blauen Wasser, seinen Korallenbänken und farbenbunten Fischen. Reicher Beifall dankte dem Redner. Herr B. **Geiser** wies darauf hin, daß das ganze deutsche Volk der Reichsregierung in ihrem schweren Kampf zur Wiedererlangung der Kolonien beistehen müsse.

Badisches Landestheater. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die am Freitag, den 30. April, anläßlich des **Eugen Klöpfer-Gastspiels** stattfindende Erstaufführung der Komödie **„Der Meister"** von Hermann Bahr die seltene Gelegenheit bietet, einen unsrer ersten lebenden deutschen Schauspieler in einer seiner vollendetsten Leistungen zu sehen. Übrigens ist Eugen Klöpfer dem Karlsruher Theaterpublikum kein völlig Fremder. Viele dürfen sich noch erinnern, daß er im Jahre 1920 bei dem Ensemble-Gastspiel des Frankfurter „Neuen Theaters" den Miliardär in Georg Kaisers „Koralle" spielte. Die Vorstellung „Der Meister" wird übrigens schon um 10 Uhr (nicht erst um ½11 Uhr) beendet sein, was die auswärtigen Theaterbesucher, die die Rückfahrtzüge noch erreichen wollen, lebhaft begrüßen werden. — In Fortsetzung der Neueinstudierung von Richard Wagners „Ring des Nibelungen" wird für Sonntag, den 2. Mai, der zweite Tag der Trilogie: **„Siegfried"** vorbereitet. Musikalische Leitung: Ferdinand Wagner, szenische Leitung: Otto Krauß. Anfang 6 Uhr. Die Partien sind wie folgt besetzt: Waldvogel: Else Blank, Brünnhilde: Hedy Iracema-Brügelmann, Erda: Viktoria Hoffman-Brewer, Mime: Hans Siegfried, Siegfried: Theo Strack, Alberich: Adolf Vogel, Wanderer: Walter Warth, Fafner: Dr. Hermann Wucherpfennig. — Am Dienstag, den 4. Mai wird in bekannter Besetzung der **„Postillion von Lonjumeau"** wiederholt. Die Vorstellung fällt der Volkbühne zu. Der vierte Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten. Am Mittwoch, den 5. Mai gehen Humperdincks **„Königskinder"** in Szene. Am Freitag, den 7. Mai wird Mozarts **„Figaros Hochzeit"** wiederholt. Für Sonntag, den 9. Mai ist eine Aufführung von Webers **„Oberon"** vorgesehen. Am Montag, den 10. Mai findet das **zehnte und letzte Sinfoniekonzert** dieses Winters statt. Das Programm bringt die II. Sinfonie (c-moll) von Gustav Mahler. Das Konzert ist wegen des großen Apparates, der zu dieser Sinfonie aufgeboten wird, in die Festhalle verlegt worden

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, vom 29. April, 8 Uhr morgens. In Baden war es gestern ziemlich heiter. Niederschläge fielen keine. Die Temperaturen lagen normal. — Das Tief im Westen hat einen Teil über den Ärmelkanal vorgeschoben und beginnt sich mit der Tiefdruckrinne über dem nordöstlichen Deutschland zu vereinigen. Bei geringen Druckdifferenzen auf dem Kontinent bilden sich kleinere Teilwirbel und erzeugen leichte Gewitterneigung. **Prognose:** Bewölkt, strichweise Regen, Gewitterneigung, warm.

Kurze Nachrichten aus Baden

WB. Bruchsal, 28. April. Der **Sommertagszug** in Bruchsal findet am nächsten Sonntag, den 2. Mai, nachmittags ½3 Uhr statt. An dem Sommertagszug beteiligen sich wieder mehrere tausend Kinder von Bruchsal und Umgebung mit ihren Sonntagsstecken.

DZ. **Landau**, 28. April. Gestern vormittag ist die bekannte Reiterin, die Frau des hiesigen Trainers und Rennstallbesitzers **Birkhahn-Best**, als sie in Begleitung mehrerer Damen von einem Spazierritt zurückkehrte, **tödlich verunglückt.** Am Westbahnhof scheute plötzlich ihr Pferd und rannte die Kirchstraße hinunter. Die Reiterin stürzte schließlich kopfüber auf das Pflaster und trug einen schweren Schädelbruch davon. In hoffnungslosem Zustande wurde sie in das Vinzentiuskrankenhaus eingeliefert, wo sie am nachmittag nach einer vorgenommenen Operation verstarb.

DZ. **Ludwigshafen**, 28. April. Bei der **Betriebsratswahl in der J. G. der Farbenindustrie A.-G.** wurden insgesamt 10 521 Stimmen abgegeben. Davon entfallen auf die Freien Gewerkschaften 8961, auf die Christlichen Gewerkschaften 1237 und der Rest auf die gemeinsame Liste der drei Angestelltenorganisationen. Die Betriebsratsliste setzt sich jetzt aus 18 Angehörigen der Freien Gewerkschaften, zwei Mitgliedern der Christlichen Gewerkschaften und 10 Angestellten der Liste 8 zusammen. Mit der Betriebsratswahl war eine Abstimmung über die eventuelle Schließung der Betriebe am 1. Mai verbunden, für die 81,9 Prozent der Abstimmungsberechtigten sich aussprachen, wodurch die für die Schließung notwendige Prozentzahl um 6,9 überschritten wurde.

DZ. **Kaiserslautern**, 26. April. Im benachbarten Landstuhl sind drei Fälle von **ägyptischer Augenkrankheit** bei Schulkindern festgestellt worden. Die Kinder wurden nach der Heidelberger Augenklinik verbracht.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	29. April		28. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.71	169.13	168.64	169.06
Kopenhagen 100 Kr.	109.78	110.06	109.81	110.09
Italien . . 100 L.	16.865	16.895	16.860	16.895
London . . 1 Pfd.	20.404	20.456	20.397	20 449
Newyork . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . 100 Fr.	13.84	12.88	12.90	13.94
Schweiz . 100 Fr.	81.07	81,27	81.09	81.29
Wien 100 Schilling	59.25	59.39	59.22	59.36
Prag . . 100 Kr.	12.42	12.46	12.417	12.457

Karlsruher Börse. Abteilung **Getreide, Mehl und Futtermittel.** Der Markt ist wieder ruhiger geworden. Das Geschäft schleppt sich ohne besonderes Interesse dahin. Weizen, handelsüblich, etwas häufiger angeboten 30,25—31,—, Roggen, handelsüblich, gesund, 20—21, Sommergerste 21—23½, Sommergerste besonders schöne Qualität über Notiz, Hafer ausländischer 20,50—24, inländischer 20,75—21,75, Mais mit Sack 19,25—19,75, Weizenmehl Mühlenforderung 42,50—43, Roggenmehl Mühlenforderung 29,5—30,25, nordd. Fabrikat zweithändig etwas billiger. Weizenmehl je nach Qualität 11,50—12, Roggenmehl je nach Qualität 12—12,75, Weizenkleie 10,25—10,50, Roggenkleie 11—11,50, Spezialfabrikate entsprechend teurer. Biertreber 15,50—16, Malzkeime 13—14, Trockenschnitzel 10,75—11,25, Speisekartoffel, gelbe, 6—6,50, weiße 5—5,50, rote 4,75—5,25. **Rauhfuttermittel:** loses Wiesenheu, gut, gesund, trocken 8—8,50, Luzerne 8,75—9,25, Weizen-Roggenstroh, drahtgepreßt, 4,50—5, alles per 100 Kilo. **Mühlenfabrikate:** Mais, Biertreber und Malzkeime mit, Getreide und Trockenschnitzel ohne Sack, Frachtparität Karlsruhe bzw. Fertigfabrikate Parität Fabrikstation. Waggonpreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. **Weine und Spirituosen:** Die Börse verkehrte in ruhiger Haltung. **Kolonialwaren:** Die Preise sind unverändert.

Schachts Diskontpolitik. Auf dem Deutschen Industrie- und Handelstag führte Reichsbankpräsident Dr. **Schacht** am Mittwoch u. a. aus, an die Prüfung der Frage, ob eine neue Diskontermäßigung der Reichsbank möglich sei, müsse mit großer Zurückhaltung herangegangen werden. Infolge der Geldflüssigkeit bestehe an der Börse die Neigung, für langfristige Anlagen kurzfristig Geld aufzunehmen. Demgegenüber bestehe nun die Möglichkeit, daß die langfristig beschäftigten kurzfristigen Gelder zu einer Zeit abberufen werden, wo sie von den langfristigen Kreditnehmern nicht entbehrt werden können. Man müsse deshalb die weitere Entwicklung scharf beobachten. Wenn die Reichsbank eine Diskontermäßigung nach Maßgabe der gesamten Verhältnisse für möglich halte, werde sie nicht zögern, sie vorzunehmen.

Senkung der Börsenumsatzsteuer? Einem Berliner Korrespondenzbüro zufolge soll die Reichsregierung die Absicht haben, die bereits seit längerer Zeit geplante Senkung der Börsenumsatzsteuer nunmehr auf dem Verordnungswege durchzuführen. Reichsfinanzminister Dr. **Reinhold** soll wegen dieser Frage bereits mit den Parteien in Fühlung getreten sein.

Staatsanzeiger

Betrieb eines Totalisators bei den Mannheimer Pferderennen.

Dem Badischen Rennverein in Mannheim ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalisators bei den am 2., 4. und 9. Mai 1926 sowie am 5., 8. und 12. September 1926 in Mannheim stattfindenden Pferderennen erteilt worden.

Karlsruhe, den 27. April 1926.

Der Minister des Innern.
J. V.: Leers

Der Münchener Künstlergenossenschaft, dem Verein bildender Künstler Münchens, Sezession e. V. und der Münchener neuen Sezession e. V. wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 27. April 1926.

Der Minister des Innern
J. V.: Leers.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Kriminalassistent Karl Gnann in Pforzheim zum Kriminalsekretär.

Zuruhegesetzt:

Gendarmeriewachtmeister Wilhelm Huck in Engen.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Handelslehrkandidat Dr. Gustav Trautmann an der Handelsschule in Mannheim zum Handelslehrer an jene in Lahr.

Scheffel-Gedächtnisfeier

Am Sonntag, den 2. Mai ds. Js., vormittags 11¼ Uhr

wird im großen Saale der städtischen Festhalle unter Mitwirkung des Deutschen Scheffelbundes, Sitz Karlsruhe, und des Karlsruher Gesangvereins Concordia

aus Anlaß des 100. Geburtstages Josef Victor von Scheffels

eine Gedächtnisfeier

veranstaltet.

Die gesamte Bevölkerung der Landeshauptstadt wird zur Teilnahme an der Feier eingeladen.

Eintritt frei

Karlsruhe, den 27. April 1926.

Das Staatsministerium
Der Oberbürgermeister

Einer
besonders regen Nachfrage
erfreut sich unsere

Erstklassige

Herren-Maß-Abteilung

Wir verarbeiten
nur beste deutsche und
original englische Stoffe.

Mäßige Preise!
Garantiert tadelloser Sitz!
Lieferung innerhalb 8 Tagen!

Günstige Zahlungsbedingungen!

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H.
Karlsruhe, Kronenstraße 40
Ecke Markgrafenstraße

Seide Wolle Waschstoffe

zu sehr billigen
PREISEN

Leipheimer & Mende

Ein Handbuch für die Verkehrssicherheit

Soeben erscheint:

Kraftfahrzeugverkehr

Handbuch für die Überwachung des Kraftfahrzeugverkehrs

von

K. J. Krauth
Polizeihauptmann
im Bad. Ministerium des Innern

VIII, 176 S. mit vielen Abbildungen
Preis Mk. 5.—

Das Wesen des Kraftfahrzeugs
Die Kenntnis der Gesetze
Das vorschriftsmäßige Fahren
in Wort und Bild

Verlag G. Braun in Karlsruhe

Unterzeichneter bestellt aus dem Verlag G. Braun in Karlsruhe

.....Krauth, Kraftfahrzeugverkehr Mk. 5.—

Genaue Anschrift:.....

.....

Uhren-Reparaturen
jeder Art werden bei bill. Berechnung unter Garantie ausgeführt.
Träger, Zähringerstraße 48.

Detektiv-Institut u. Privat-Auskunftei
„Argus" Mannheim
O. 6. 6
Planken
Fernspr. 3505
A. Maier & Co., G.m.b.H.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

E. 132. 2. 1. **Karlsruhe.** Die Firma **Adolf Stein Nachfolger, Inh. J. Weiß,** Spezialhaus für Herrenbekleidung in Karlsruhe, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dres. L. Haas, R. Strauß, H. Keßler, Fr. Oppenheimer in Karlsruhe, klagt gegen den **Wilhelm Better,** früher in Karlsruhe, Ludwig-Wilhelmstr. 21, auf Grund der Wechsel vom 18. und 21. August 1925 über je 220 RM. mit dem Antrage auf kostenfällige Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von 440 RM. nebst 2% Zins über Reichsbankdiskont aus 220 RM. seit 14. November 1925 und aus 126,80 RM. seit 21. November 1925 und 15,60 RM. Spesen, abzüglich am 9. September 1925 bezahlter 93,20 RM. Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Bad. Amtsgericht in Karlsruhe auf **Donnerstag, den 10. Juni 1926, vorm. 9 Uhr,** Zimmer 131, geladen.

Die öffentliche Zustellung wurde bewilligt.

Karlsruhe, 22. April 1926.
Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts A 8.

E. 150. **Eugen.** Das Konkursverfahren über das Vermögen des **Wilhelm Michelberger, Hegauer Maschinenbauanstalt** in Riedheim ist mit Zustimmung der Gläubigerversammlung durch Beschluß vom 23. April 1926 wegen Mangels an Masse eingestellt worden.

Engen, 23. April 1926.
Amtsgericht, Gerichtsschreiberei.

E. 141. **Karlsruhe.** Über das Vermögen des Kaufmanns **Gabriel Hecker** in Karlsruhe, Schützenstr. 79, ist heute, am 19. Februar 1926, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner mit seinem Antrag seine Überschuldung dargetan hat. Der Rechtsanwalt Dr. Caro hier ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 30. März 1926 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf: **Dienstag, den 11. Mai 1926, vorm. 12 Uhr,** vor dem Bad. Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 3. Stock, Zimmer 246. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 30. März 1926 Anzeige zu machen. Karlsruhe, den 19. Februar 1926.
Der Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts A 3.

E. 151. **Lörrach.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Rich. Breuer,** Sägewerk in Lörrach ist Termin zur Anhörung der Gläubigerversammlung über den vom Verwalter gestellten Antrag auf Einstellung des Konkursverfahrens mangels Masse auf **Montag, den 10. Mai 1926, vormittags 10 Uhr,** bestimmt.

Lörrach, 28. April 1926.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

E. 152. **Wiesloch.** Ueber das Vermögen der Firma **Franz Stöckinger,** Holzhandlung in Wiesloch, und ihres Inhabers Josef Stöckinger, Kaufmann in Wiesloch, wurde heute am 27. April 1926, nachmittags 4 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet und Rechtsanwalt Wiesse in Wiesloch zum Konkursverwalter ernannt. Anmeldefrist b. zum **20. Mai 1926.** Erste Gläubigerversammlung und allgemeiner Prüfungstermin am **Mittwoch, den 26. Mai 1926, vormittags 10 Uhr.** Offener Arrest mit Anzeigefrist bis zum 20. Mai 1926.

Wiesloch, 27. April 1926.
Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

Versch. Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Der **Badische Baubund Gesellschaft mit beschränkter Haftung** ist aufgelöst. Die Gläubiger werden hiermit aufgefordert sich bei ihr zu melden.

Karlsruhe, 26. April 1926.
Bad. Baubund G.m.b.H. i. L.
Der Liquidator:
Erich Rudolff.

Schutzmanns-Stelle.

Bei der **Stadtgemeinde Tauberbischofsheim** ist auf **15. Mai 1926** die Stelle eines F.327

Schutzmanns

zu besetzen. Die Anstellung erfolgt zunächst nach Gruppe III der staatlichen Besoldungsordnung. Geeignete Bewerber, die gesund und kräftig sind, wollen sich unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufs und anderer Zeugnisse **bis 8. Mai 1926** beim Bürgermeisteramt Tauberbischofsheim melden. Absolventen der staatl. Polizeischule erhalten den Vorzug.

Tauberbischofsheim, den 24. April 1926.
Bürgermeisteramt.

Güterrechtsregister.

Mannheim. E. 143

Zum Güterrechtsregister Band XV wurde heute folgendes eingetragen O.-Z. 474: **Karl Josef Servatius,** Maschinenschlosser, und Rosa Katharina gen. Hettinger in Mannheim. Vertrag vom 6. April 1926 Gütertrennung. O.-Z. 475: **Karl Stohner,** Kunstmaler, und Gertrud Emma geb. Prinz in Mannheim. Vertrag vom 6. April 1926 Gütertrennung. O.-Z. 476: **Josef Felber,** Kaufmann, und Maria geb. Walz in Mannheim. Vertrag vom 9. April 1926 Gütertrennung. O.-Z. 477: **Karl Bohrmann,** Landwirt, und Anna geb. Bitzel in Mannheim-Sandhofen. Durch Vertrag vom 30. März 1926 ist Errungenschaftsgemeinschaft vereinbart.

Mannheim, 24. April 1926.
Amtsgericht. F. G. 4.

Badisches Landestheater

Freitag, den 30. April 1926
Einmaliges Gastspiel
Eugen Klöpfer
von den Reinhardt-Bühnen und sein Gesamtpersonal.
Außer Abonnement
Zum erstenmal:
Der Meister
Komödie in drei Akten von Hermann Bahr.
Künstlerische Leitung: Ludwig Jubelsky.
Personen:

Caius Duhr	Eug. Klöpfer
Violet	Richter
Dr. Duhr	Jubelsky
Julie	Unda
Graf Vanin	Karchow
Dr. Kokoro	Gottowt
Dr. Balsam	Wolfgang
Ida Nessel	Noack
Geheimrat Sirius	Strauß
Wieck	Fürst
Clemens	Tragau

Anfang 7½, Ende geg. 10½.
Sperrsitz I 5.20 Mk.
Für Abonnenten für ihre und ähnliche Plätze, für Inhaber von Plätzesicherungen und Vorzugskarten Mk. 4.50
Sa. 1. Mai: Zweimal Oliver
So. 2. Mai: N. e. Siegfried.
Konzerth.: Uraufführung: Der Strohhut.

Druck G. Braun, Karlsruhe.